Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 31 (1955-1956)
Heft: 4

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Stickelberger, Rudolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1072294

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BLICK AUF DIE SCHWEIZ

Rudolf Stickelberger

DIE EIDGENOSSENSCHAFT KENNT KEINE «KABINETTSKRISEN»

Es gibt wohl keine beständigere Politik als die eidgenössische. Kabinettskrisen kennt man in der Schweiz nicht. Die Mehrheit des Parlamentes mag in dieser oder jener Frage anderer Meinung sein als der Bundesrat, ja das ganze Schweizervolk mag nein zu einer Sache sagen, die der Bundesrat befürwortet: Deshalb brauchen die sieben Herren, die unsere Landesregierung bilden, nicht aus ihren Ämtern zu scheiden.

Nach den Nationalratswahlen im vergangenen Herbst schien es zwar politischen Beobachtern, als ob es nun an der Zeit wäre, auch den Bundesrat teilweise neu zusammenzusetzen. Ein Ausländer zum Beispiel, der aus der Nähe die hitzigen papierenen Kämpfe miterlebt hatte, wie sie in einzelnen Kantonen zu toben schienen, mußte sich geradezu auf ein politisches Erdbeben gefaßt machen. Wie grimmig befehdeten sich in der Wahlschlacht um den Luzerner Ständeratssitz die Konservativen und die Freisinnigen, die sich hier mit den Sozialdemokraten verbündet hatten! Oder wie hart tönte es im Baselbiet gleichzeitig zwischen den vereinigten bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten! Nachher aber vertrug man sich wieder und steckte die Fronten auf eidgenössischem Boden neu ab.

In der Dezembersession mußte von der vereinigten Bundesversammlung der Gesamtbundesrat neu gewählt werden. Als Vorbereitung auf diese Wahl gaben die Sozialdemokraten bekannt, daß sie zwei von den sieben Bundesratssitzen für sich beanspruchten. Es stimmt: Die sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig die stärkste Fraktion im Nationalrat, hat aber seit dem brüsken Rücktritt Bundesrat Webers nach der Ablehnung seiner Finanzvorlage keinen Vertreter mehr im Siebnerkollegium.

Da es in der Schweiz nicht üblich ist, einen langjährigen Bundesrat wegzuwählen, falls er nicht wirklich durch seine Amtsführung untragbar geworden ist, hätte der sozialdemokratische Anspruch also nur dann erfüllt werden können, wenn freiwillig zwei bisherige Amtsträger zurückgetreten wären. Schon seit längerer Zeit hörte man in «eingeweihten Kreisen», daß zwei Bundesräte amtsmüde geworden seien: der Bundespräsident des Jahres 1955, nämlich der freisinnige Dr. Max Petitpierre, der schon mehr als einmal recht deutlich betont hatte, daß er sich von den Lasten befreien wolle, die ihm seine Pflichten auferlegen, bevor er ein alter Mann sei. Er steht erst im 56. Lebensjahr und hat nun elf Jahre lang die schweizerische Außenpolitik unbestritten und mit Auszeichnung geleitet. Wesentlich länger im Amte, nämlich seit 1934, ist der katholisch-konservative Bundesrat Dr. Philipp Etter. Aber wenige Tage nach dem sozialdemokratischen Anspruch auf eine Zweiervertretung erklärten hintereinander die Herren Petitpierre und Etter ihren Kollegen, sie gedächten vorderhand noch im Bundesrate zu bleiben. Allerdings kaum für lange Zeit: Bundesrat Petitpierre möchte nur noch einige wichtige begonnene Departementsgeschäfte persönlich zu Ende führen, und Bundesrat Etter, der schon viermal Bundespräsident war, verzichtet auf ein neues Präsidialjahr, das ihm turnusgemäß 1957 wieder zugefallen wäre.

Nach dieser eindeutigen Lage sahen die Sozialdemokraten von einer eigentlichen Wahldemonstration ab; sie legten lediglich ihre Wahlzettel leer ein, verschieben ihre Forderung auf die nächste Gelegenheit und besitzen dafür bereits unter der Hand die Zusicherung vieler Bürgerlicher, daß ihr Anspruch dann unterstützt werde.